

12. Wahlperiode

Mündliche Anfragen

zur Fragestunde

in der 29. Plenarsitzung vom 19. Juni 1997

1. Anfrage des Abg.
Ewald Veigel FDP/DVP
Eingang: 03. 06. 97

Karlsruher Übereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen vom 23. Januar 1996

- a) Ist für die Aufnahme auswärtiger Gebietskörperschaften in deutsche kommunale Zweckverbände eine Änderung des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit erforderlich und wie weit sind gegebenenfalls die Vorbereitungen gediehen?
- b) Verfügt die Landesregierung über Erkenntnisse, in welchem Umfang und von wem bereits Interesse an einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Gemeinden bzw. Landkreisen in Baden-Württemberg bekundet wurde?

2. Anfrage des Abg.
Heinz Troll REP
Eingang: 11. 06. 97

Mehrarbeitsanfall und finanzielle Mehrarbeitsvergütung bei der Polizei

- a) Wie hoch war der in 1996 bei der Polizei durch Überstunden nachgewiesene Mehrarbeitsanfall?
- b) Welche Haushaltsmittel standen für deren Abgeltung zur Verfügung?

3. Anfrage des Abg.
Reinhard Hackl
Bündnis 90/Die Grünen
Eingang: 12. 06. 97

Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamte

- a) In welcher Weise und in welcher Höhe beabsichtigt die Landesregierung, das Weihnachtsgeld für Beamte zu kürzen (prozentual oder Kappung)?
- b) Welche Kürzungsvorschläge des Bundes und anderer Bundesländer beim Weihnachtsgeld sind der Landesregierung bekannt?

4. Anfrage des Abg.
Jürgen Walter
Bündnis 90/Die Grünen
Eingang: 12. 06. 97

Finanzierung der Feierlichkeiten zur 150. Wiederkehr der Revolution von 1848

- a) Können die von der Landesregierung beschlossenen Projekte im Rahmen der Feierlichkeiten zur 150. Wiederkehr der Revolution von 1848 trotz Haushaltssperre und globaler Minderausgabe im angekündigten Rahmen durchgeführt werden?
- b) Wenn nein, welche Veranstaltungen sind von Kürzungsmaßnahmen betroffen und welche Veranstaltungen sind dadurch insgesamt gefährdet?

5. Anfrage des Abg.
Ulrich Deuschle REP
Eingang: 13. 06. 97

Preiserhöhungen bei Toto-Lotto

- a) Ob, ab wann und in welcher Höhe plant die Staatliche Toto-Lotto GmbH eine Erhöhung des Lottopreises von derzeit 1,25 DM pro Feld?
- b) Kann die Landesregierung Informationen dementieren, daß es Überlegungen bzw. Planungen der Staatlichen Toto-Lotto GmbH gibt, bis zur Einführung des Euro im Jahre 2002 den Lottopreis sukzessiv auf einen Euro, das heißt 1,95 DM nach heutigem Stand zu erhöhen?

6. Anfrage des Abg.
Arnold Tölg CDU
Eingang: 13. 06. 97

Finanzierung von Instandhaltungskosten in Krankenhäusern

- a) Plant die Landesregierung nach der Verabschiedung des 2. Krankenversicherungs-Neuordnungsgesetzes zur Refinanzierung der Instandhaltungskosten von Krankenhäusern für die Jahre 1997 bis 1999 ein sogenanntes „Notopfer“ in Höhe von 20,00 DM?
- b) Wird die Landesregierung die Möglichkeit nach Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 11 des 2. NOG nutzen und durch Übernahme der Instandhaltungskosten durch das Land die Zuzahlungspflicht der Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen entfallen lassen?